

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Libell 147

20. September 2013

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

An Welzow entscheidet sich die Energiewende

Warum es wichtig ist, jetzt gegen die Braunkohle aktiv zu werden!

Ein 77jähriger Landwirt aus der Lausitz fährt mit seinem Traktor durch die Felder rund um sein Heimatdorf in der Nähe von Cottbus. Doch am Himmel ziehen bedrohliche Wolken. In der Szenerie tauchen zerfallende Häuser und riesige Schaufelbagger auf. Dramatische Orgelmusik erklingt, während ein ganzer Friedhof voller Dörfer erscheint. So macht derzeit auf der Video-Plattform youtube ein Film über die geplante Abaggerung des Lausitz-Dorfes Proschim die Runde im Internet. Der Film zeigt eine Szenerie, die wie aus vergangenen Zeiten anmutet. Doch es ist die bittere Lebensrealität eines Menschen, der im 21. Jahrhundert der mächtigen Braunkohleindustrie im Weg ist: drohende Enteignung, Zerstörung der Heimat und Vertreibung von

Haus und Hof.

Das Geschäft mit der Braunkohle lohnt sich noch immer in Deutschland, trotz Energiewende. Jede vierte, hierzulande produzierte Kilowattstunde, stammt aus dem klimaschädlichsten Energieträger. Weil der EU-Emissionshandel, das eigentlich wichtigste

europäische Klimaschutzinstrument

derzeit am Boden liegt, ist die Verstromung von Braunkohle unschlagbar günstig. Das gefährdet die Energiewende wie auch die international zugesagten Klimaschutzziele Deutschlands.



Ergebnis der Unterschriftensammelaktion gegen den Tagebau
Foto: Umweltgruppe Cottbus

Braunkohleloch so groß wie Friedrichshain-Kreuzberg

Dennoch will der schwedische Staatskonzern Vattenfall im Lausitzer Revier die Rahmenbedingungen für eine langfristige Fortsetzung der Braunkohlewirtschaft schaffen. Mehr als 3.000 Menschen sollen für fünf neue Kohlegruben ihre Heimat verlieren. Ganze Dörfer, Landwirtschafts-, Wald- und Naturschutzgebiete, kleine und mittelstän-

Nach der Flut ist vor der Flut

Dieter Lehmann

> S. 3-5

Alleenschutz im Blindflug

Wolfgang Ewert

> S. 6

Das Schweinedorf Haßleben

Till Kleemann DER RABE RALF

> S. 7-8

Die Energiewende - einmal mehr

Hans-Otto Träger

> S. 9

Halbjahrestreffen 2013 der GRÜNEN LIGA

Themenschwerpunkt Energie

> S. 11

Einladung zur Landesmitgliederversammlung

Themenschwerpunkt Nachhaltigkeit

> S. 12

dische Existenzen würden für immer vernichtet.

Südlich von Cottbus will Vattenfall im geplanten neuen Tagebau Welzow-Süd II ganze 1.900 Hektar abbaggern, was etwa der Größe des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg entspricht. Doch dem Vorhaben sind 810 Menschen aus Proschim, Lindenfeld und Welzow im Weg. In Proschim soll sogar ein Firmenverbund mit fast 100 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im Bereich erneuerbare Energien für die Kohle Platz machen. Kommt der Tagebau, könnte die brandenburgische Landesregierung zudem ihre Klimaschutzziele abschreiben. Mehr als 200 Millionen Tonnen klimaschädliches CO₂ würden durch die Verstromung der dort gewonnenen Braunkohle freigesetzt. Ein weiteres Problem: Schon jetzt sind durch die tagebaubedingte Verockerung tausende Arbeits-

plätze im touristischen Spreewald bedroht. Jeder weitere Tagebau verlängert diese Probleme für Jahrzehnte. Auch das Berliner Trinkwasser ist durch die Belastung der Spree mit Sulfat gefährdet. Der Braunkohlenplan für Welzow-Süd II liegt in diesem Sommer im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung erneut aus.

Ein erster Entwurf musste wegen gravieren-

der Mängel überarbeitet werden, mehr als 5.000 Bürger und Bürgerinnen hatten 2011 mit ihren Einwendungen gegen das Vorhaben Widerspruch eingelegt.

Vattenfall begründet die angebliche Notwendigkeit von Welzow-Süd II mit dem Kohlebedarf seines Kraftwerks Schwarze Pumpe bis über 2050 hinaus. Nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist Welzow-Süd II allerdings energiepolitisch nicht erforderlich. Die bereits genehmigten Vorräte reichten bis zu Beginn der 2040er Jahre aus. Also Zeit genug, um den Wandel hin zur Energiewende auch in der Lausitz zu meistern.

Fußballverein mobilisiert für Braunkohle

Bei Welzow-Süd II geht es nicht nur um einen Tagebau. An den Auseinandersetzungen spitzt sich derzeit einer der schärfsten Konflikte um die Energiewende zu: Wie lange schafft es die Braunkohlelobby, ein konsequentes Umsteuern in Richtung erneuerbare Energien zu blockieren? Sollte Welzow-Süd II nicht kommen, ist das baldige Ende der Braunkohle in der Lausitz absehbar.

Vattenfall hat die Zeichen der Zeit erkannt und mobilisiert, was das Zeug hält. Unter dem Dach der Initiative „Pro Lausitz!“ wurde eine breit angelegte Unterschriften-Aktion für Welzow-Süd II und die langfristige Fortsetzung der Braunkohleabbaggerung gestartet. Unter dem Motto „Meine Stimme fürs Revier!“ werden in Unternehmen, Vereinen, Einrichtungen, bei Mitarbeitern und Geschäftspartnern



Axel Heinzel Berndt (BUND), einer der fleißigsten Unterschriftensammler
Foto: Norbert Wilke

emsig Unterschriften für Abbaggerung und Zwangsumsiedlung gesammelt, fossiler Seilschaften sein Dank. Unter den Initiatoren finden sich nicht nur die üblichen Akteure wie die Industriegewerkschaft, Bergbau, Chemie und Energie (IGBCE), sondern auch regionale Wirtschaftsverbände, der von Vattenfall gesponserte Profi-Fußballverein Energie Cottbus, der Eishockey Verein Lausitzer Füchse sowie der Handball-Club LHC Cottbus.

So lässt sich fast eine ganze Region einseitig zugunsten der Profitinteressen eines Energiekonzerns instrumentalisieren. Das unbelehrbare Festhalten an einer untergehenden Branche blockiert Lösungen für

die Zukunft und hält die Lausitz nur noch stärker am Gängelband eines einzigen Konzerns.

Doch statt endlich den ökologischen und sozialverträglichen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, steht insbesondere die SPD in der rot-roten Landesregierung in Brandenburg stramm hinter den Kohleplänen Vattenfalls. Dabei hatte Brandenburgs damaliger Regierungschef Manfred Stolpe (SPD) erst vor etwas mehr als zehn Jahren versprochen, Horno werde das letzte Lausitz-Dorf sein, das der Kohle weichen muss. Nun unterschreibt sogar der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel für Zwangsumsiedlung und Klimaverschmutzung bei „Pro Lausitz!“.

Widerspruch gegen Welzow-Süd II ist nötig

Ein breites Bündnis aus betroffenen Bürgern, Initiativen und Verbänden rief daher auf, bis zum 17. September bei der gemeinsamen Landesplanung Berlin – Brandenburg Einsprüche gegen Welzow-Süd II einzureichen. Jeder und jede konnte sich beteiligen! Es kam darauf an, dass möglichst viele Einwendungen gegen den Braunkohlenplan für Welzow-Süd II eingereicht wurden. Wir müssen gemeinsam ein deutliches politisches Signal für Klimaschutz, Energiewende und Arbeitsplätze der Zukunft setzen.

■ Daniela Setton, Energie-Expertin der klima-allianz deutschland
Mike Kess, NGO-Berater

Nachdruck aus DER RABE RALF mit freundlicher Genehmigung

Weitere Informationen:
www.kein-weiteres-dorf.de
www.lausitzer-braunkohle.de
www.opa-ohne-lobby.de

Nach der Flut ist vor der Flut

Nur etwas über ein Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts liegt bereits hinter uns, doch in dieser relativ kurzen Zeitspanne wurden wir von so vielen Hochwasserfluten heimgesucht wie niemals zuvor. Es muss deshalb hinterfragt werden: Ist das ein Zufall oder werden derartige Wetterkatastrophen uns in Zukunft immer häufiger treffen?

Nach dem sogenannten „Jahrhunderthochwasser“ im August 2002 gab es schon vier Jahre später abermals eine ebenso bedrohliche Situation in Deutschland, als Donau und Elbe im März 2006 ein mittleres Hochwasser führten. Dann das katastrophale Hochwasserjahr 2010. Zahlreiche Flüsse im Osten Deutschlands waren

Bayern, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gab es zum Teil enorme Schäden.

Nachdem das Hochwasser abgelaufen war, standen danach tagelang riesige Gebiete in Sachsen-Anhalt und auch in Brandenburg unter Wasser. Denn nach dem Schließen des Deiches bei Fischbeck ging das Wasser im Elbe-Havel-Winkel nur langsam zurück. Die eingetretenen Schäden waren beträchtlich.

Was ist ein Hochwasser?

Von einem Hochwasser spricht man, wenn der Wasserstand eines Flusses für längere Zeit deutlich über dem normalen

Jahrhunderthochwasser auch mehrmals innerhalb von hundert Jahren auftreten oder aber auch jahrhundertlang ausbleiben.

Doch wir sollten bei dieser Definition nicht vergessen, dass Hochwasser ein Teil des natürlichen Wasserkreislaufs sind. Nicht wir Menschen, sondern die Natur verursacht dieses Phänomen. Hochwasser an unseren Flüssen lassen sich deshalb auch nicht abschaffen. Die Ursachen für die immer wieder auftretenden Hochwasser sind entweder rasche Schneeschmelze in den Gebirgen, Eisgang in den Flüssen oder eben sintflutartige Regenfälle. Und extreme Regenfälle – wie auch diesmal beim Junihochwasser 2013 – werden durch das Wetter verursacht.

Das Wetter ist die Mutter aller Fluten!

Die in immer kürzeren Zeitabständen wiederkehrenden Hochwasserfluten unserer Flüsse müssen uns wachrütteln! Die Not und Verzweiflung der von den Überschwemmungen betroffenen Menschen lässt sich nur schwer in Worte fassen. Die nackten Zahlen späterer Schadensbilanzen spiegeln nicht die traumatischen Erlebnisse der Geschädigten wider. Die Menschen, die an den Flüssen wohnen, haben es nicht verdient, dass sie immer wieder und erneut dem Hochwasser ausgesetzt sind. So erhebt sich zwangsläufig die Frage: Was sollen wir tun?

Spätestens, wenn nach einem Hochwasser die Wassermassen abgelaufen sind und die Zeit des großen Aufräumens beginnt, wird nach den Ursachen der Katastrophen gefragt: Woher kommt die Wasserflut, die plötzlich so sintflutartig vom Himmel hernieder stürzte? Warum wurden wir nicht rechtzeitig gewarnt? Warum brachen die Deiche? Warum wurden die Überflutungsräume der Flüsse bebaut und versiegelt?

Im Angesicht einer Katastrophe ist die Bereitschaft zum Handeln und Helfen bei den Bürgern und staatlichen Behörden sehr groß. Doch sobald einige Monate vergangen sind, setzt das große Vergessen ein. Im gewohnten Alltagstrott werden die gefassten guten Vorsätze schnell vergessen, immer nach der Devise: So schlimm wird es schon nicht wieder werden! Doch es irrt der Mensch, so lang er lebt, denn die nächste Flut kommt ganz bestimmt!



Hochwasser an der Schwarzen Elster

Foto: Dieter Lehmann

betroffen: Oder, Neiße, Spree, Stepenitz, Schwarze Elster und teilweise auch wieder die Elbe. Und nun – nicht einmal drei Jahre später – das Junihochwasser 2013!

Vom 26. Mai bis 2. Juni fielen über Deutschland 22,76 Billionen Liter Wasser – etwa 3 Billionen Liter mehr als vor der sogenannten „Jahrhundertflut“ 2002. Das Junihochwasser 2013 war flächenmäßig das größte Hochwasser, das es bis dahin in Deutschland gegeben hatte. Die Wasserfluten wälzten sich durch zahlreiche Flüsse und die hinterlassenen Schäden erreichten Rekordhöhen. Vor allem die Stromsysteme Donau und Elbe mit ihren Nebenflüssen waren betroffen, was zu Überflutungen von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen in noch nie gekannten Ausmaßen führte. In den Bundesländern Baden-Württemberg,

bzw. mittleren Pegelstand liegt. Diese werden auf der Grundlage gemessener Pegelstände mit statistischen Bewertungen versehen, die zumeist in jährlichen Wiederkehrintervallen ausgedrückt werden. Wasserwirtschaftler bezeichnen ein Jahr-hunderthochwasser als ein HQ 100. Mit anderen Worten: Es ist damit zu rechnen, dass sich ein derartiges Ereignis im Zeitraum von etwa 100 Jahren wiederholen könnte.

Bei der Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen, z. B. Deichhöhen, Brückendimensionen, dem Schutzniveau von Siedlungen ebenso wie von Infrastruktur und Industrie werden diese angenommenen Jahresintervalle berücksichtigt. Weil es sich dabei jedoch nur um statistisch errechnete Mittelwerte handelt, kann ein

Hochwasserschutz in Deutschland

In Deutschland gibt es rund 400.000 Kilometer Fließgewässer, also Flüsse, Bäche und Gräben. Zu den technischen Hochwasserschutzanlagen gehören Deiche, Dämme und Schutzmauern, Wehre, Schöpfwerke und Siele, Ein- und Auslaufwerke von Polderflächen sowie nicht zuletzt Talsperren und Rückhaltebecken. Die Länge der in Deutschland existierenden Flussdeiche und Hochwasserschutzmauern wird mit 7.500 Kilometern angegeben. Es gibt rund 500 Talsperren und Rückhaltebecken, die insgesamt ein Fassungsvermögen von weit über 1000 Millionen Kubikmeter haben. In der Bundesrepublik Deutschland fallen die Aufgaben des vorbeugenden Hochwasserschutzes in den Hoheitsbereich der einzelnen Bundesländer. Für die Schifffahrt und für die Wasserstraßen hingegen ist der Bund zuständig. Das ist ein Widerspruch, der auch im praktischen Handeln oft zum Hemmnis wird. Besser wäre es, wenn auch beim Hochwasserschutz der Bund das alleinige Sagen hätte!

Strangulierte Fließgewässer

Was haben wir getan? Wir haben unsere Fließgewässer eingedeicht, vertieft, eingengt und begradigt. Die Flüsse, die sich einst in sanften Krümmungen und Bögen frei und naturgegeben durchs Land schlängelten, liegen heutzutage in zumeist linear gehaltenen Strukturen in unseren Landschaften.

Ziel unserer Eindeichungsmanie war es, Land zu gewinnen, Bebauungsgebiete und Ortschaften hochwasserfrei zu halten. Das wurde teilweise erreicht. Doch der fragwürdige Gewinn war mit Verlusten verbunden. Die einstmals überall vorhandenen, ökologisch äußerst wertvollen Flussauen gingen weitgehend verloren. Eine weitere Funktion natürlicher Auen liegt in ihren ausgleichenden Wirkungen für die Wasserverhältnisse der umgebenden Regionen. Sie speichern das Wasser, wenn es im Überfluss vorhanden ist, und sie geben es wieder ab, wenn Mangel herrscht. Und sie verlangsamen die periodisch wiederkehrenden Hochwasserabflüsse! Die Erhaltung und Wiederherstellung naturnah gestalteter Flussauen ist deshalb nicht nur aus Gründen des Naturschutzes sondern auch aus Gründen der Hochwasserschutzes dringend notwendig. Dieses Ziel ist erkannt, doch der Wille, es zu erreichen, fehlt leider immer noch!

Den Flüssen wieder mehr Raum geben ...

Es gibt eine Untersuchung des Bundesamts für Naturschutz, dass über zwei Drittel der einstmals vorhandenen natürlichen Überschwemmungsflächen heute nicht mehr vorhanden sind. Die Bilder von weiträumig überschwemmten Landschaften im Juni 2013 haben wieder einmal gezeigt, dass höhere Deiche allein nicht ausreichen, um uns vor Hochwasserfluten zu schützen. Es ist dringend notwendig, technische Hochwasserschutzmaßnahmen mit dem ökologischen Hochwasserschutz sinnvoll miteinander zu verbinden!

Es führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen unsere Flüsse wieder entfesseln, sie teilweise wieder frei fließen lassen, sie Schritt für Schritt in einen naturgegebenen Zustand bringen!



*Wenn ein Deich gebrochen ist, sind Hubschrauber oft unentbehrlich, um die Bruchstelle mit Sandsäcken schnell wieder zu verschließen. Ein Hubschrauber der Bundeswehr setzt am Deichbruch der Schwarzen Elster bei Arnsnesta (bei Herzberg) am 6. Juni 2013 Sandsäcke ab.
Foto: Dieter Lehmann*

Sind Hochwasserkatastrophen ein Indiz für den globalen Klimawandel?

Mit Blick auf die sich häufenden Hochwasserfluten weltweit stellt sich die Frage: Treten derartige Wetterextreme immer häufiger auf? Kommt es immer öfter zu Naturkatastrophen auf der Erde? Wird das, was wir heute erleben, in Zukunft nur noch schlimmer?

Es wird wärmer auf der Erde, daran besteht kein Zweifel mehr. Am 7. Mai 2013 gab es die jährliche Klima-Presskonferenz des

Deutschen Wetterdienstes (DWD) in Berlin. Dabei stellten die Wetterexperten fest, dass die Erdmitteltemperatur seit etwa 15 Jahren zwar auf hohem Niveau stagniert, weshalb aber die Geschichte des Klimawandels nicht neu geschrieben werden muss. In Deutschland lag die Mitteltemperatur im Jahr 2012 mit 9,1 °C erneut deutlich über dem vieljährigen Mittel von 8,2 °C. Das Jahr 2012 war damit kein Rekordjahr, aber das 16. wärmste seit 1881. Nach Auswertungen des DWD waren 24 der vergangenen 30 Jahre in Deutschland zu warm. In diese drei Jahrzehnte fielen zugleich neun der zehn wärmsten Jahre der inzwischen 132-jährigen Zeitreihe des nationalen Wetterdienstes. Der Klimawandel wird auch das gesamte Wettergeschehen verändern, bezogen auf Temperatur, Windstärke, Windrichtung und Niederschläge. Als Beispiel einer einzelnen Wetterlage beschrieb der DWD die Veränderungen bei den zentral über Mitteleuropa liegenden, feuchten Tiefdruckgebieten. Deren Zunahme ist statistisch nachweisbar: Die mittlere jährliche Zahl ist von 1951 bis 2011 um 20 Prozent gestiegen. Das wird sich, wenn die Klimaprojektionen stimmen, bis zum Ende des Jahrhunderts fortsetzen. Derartige Tiefdruckgebiete enthalten überdurchschnittlich hohe Feuchtigkeit – die beste Voraussetzung für gefährliche Starkniederschläge. Wir müssen also künftig mit mehr Überschwemmungen rechnen, und wir müssen uns darauf vorbereiten! Doch der Wunsch oder sogar die Forderung, einen hundertprozentigen Hochwasserschutz zu erreichen, ist illusorisch. Wir können uns vor Hochwasser nicht vollständig schützen. Ein Restrisiko wird immer bleiben.

Fest steht, der globale Klimawandel, an dessen Anfang wir stehen, ist die größte Herausforderung, vor der die Menschheit jemals gestanden hat. Das wird sich schon in wenigen Jahrzehnten viel deutlicher zeigen, und es wird das Leben der Menschen grundlegend verändern. Alles das, was wir heute gewohnt sind, wie wir heute denken und handeln, wird in Frage gestellt. Unsere gesellschaftliche Wandlungsfähigkeit wird darüber entscheiden, ob wir uns an veränderte klimatische Bedingungen anpassen können oder nicht. Je früher wir das begreifen, desto besser wird es sein. Denn wer eine Gefahr rechtzeitig erkennt, wird Wege finden, ihr auszuweichen, um das Schlimmste zu verhindern.

Wo steht Deutschland im Klimaschutz?

Nicht selten behaupten führende deutsche Politiker, Deutschland sei weltweit Vorreiter im Klimaschutz. Dem muss widersprochen werden. Fast übereinstimmend beklagen die deutschen Umweltverbände sogar ein Versagen der deutschen Klimapolitik. Sie sind der Meinung, dass Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz schon längst aufgegeben hat.

Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima (Japan) im März 2011 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die atompolitische Kehrtwende verkündet, die später auch von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde. Logischerweise folgten im Sommer 2011 die Beschlüsse zur Beschleunigung der Energiewende. Der Begriff „Energiewende“ sollte der Aufbruch in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz vermitteln. Bis zum Jahr 2050 soll die Energieversorgung Deutschlands überwiegend durch erneuerbare Energien gewährleistet werden. Doch inzwischen ist diese Energiewende ins Schleudern geraten. Fehlende Stromtrassen, steigende

Strompreise, mangelnde Akzeptanz bei der Bevölkerung und ein offenbar ratloses Umweltministerium haben das bewirkt.

Ähnlich negativ sieht die Bilanz des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) aus, das am 21.07.2011 nach Vorgaben der Europäischen Union vom Bundestag beschlossen wurde. Die Hürden für den zulässigen CO₂-Ausstoß sind vor allem für Großunternehmen viel zu niedrig angesetzt, so dass der Emissionshandel praktisch wirkungslos bleibt. Den Stillstand im europäischen Emissionshandel hat vor allen die Bundesregierung zu verantworten, weil sie sich zugunsten der deutschen Wirtschaft im europäischen Verhandlungsrahmen nicht positionieren will. In Deutschland sind die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) im Jahr 2012 um zwei Prozent gestiegen – trotz größerer Mengen Strom aus Sonne und Wind!

Vom 11. bis 22. November 2013 geht in Warschau die 19. UN-Klimakonferenz über die Bühne. Es ist leider zu erwarten, dass es wie bei der Konferenz 2012 in Doha (Katar) abermals nicht zu greifbaren Ergebnissen

oder gar Entschlüssen kommen wird. Zu verschieden sind die Interessen der Staaten, die bei den jährlichen Klimagipfeln miteinander im Clinch liegen.

Dabei geht es um nichts weniger, als das Überleben der Menschheit auf dieser Erde! Über sieben Milliarden Individuen unserer Art leben heute schon auf ihr, und bald werden es noch weit mehr sein. In unserer Gegenwart wird sich entscheiden, wie unsere Enkel und Urenkel auf diesem Planeten werden leben müssen. Leider ist für die meisten Menschen die Problematik des globalen Klimawandels nur nebensächlich und kaum begreifbar. Denn ob es in der rasch nahenden Zukunft zwei, drei oder gar fünf Grad wärmer auf der Erde sein wird, das ist weit weg von unserem Jetzt und Heute. Und so verhalten wir uns wie jener oft zitierte Vogel Strauß: Kopf in den Sand stecken – nichts hören, nichts sehen, nicht handeln.

■ Dieter Lehmann

Was tun, wenn mein Auto zusammenbricht?

Mein Auto ist alt, ziemlich alt. Eines nicht allzu fernen Tages wird es nicht mehr fahren wollen. Dann muss ich schleunigst sehen, dass ich mir ein neues Auto anschaffe. Ich kann mich unmöglich auf ein Leben ohne Auto einstellen. Wie soll ich Sonderangebote in den umliegenden Städten kaufen? Die Lebensmitteleinkäufe werden dürftiger ausfallen, weil ich alles zu Fuß oder mit dem Rad nach Hause transportieren muss. Ich würde der Wirtschaft empfindlich schaden, wenn ich mir nicht sofort wieder ein Auto kaufen würde. Die Geldrotation wäre empfindlich gestört, wenn ich nur in den zwei Läden meines Dorfes einkaufen würde. Ich hätte, weil ich mich ja viel mehr bewege und wahrscheinlich auch weniger essen würde, kaum noch Probleme mit meiner Figur und bräuchte nicht mehr dreimal pro Woche Sport treiben. Ich könnte mein Abonnement im Fitnesscenter sofort kündigen. Die Wirt-

schaft würde in kürzester Zeit am Boden liegen ohne mein Geld. Natürlich würde ich dem Sportvereinen auch schaden, weil ich nicht mehr in der Lage wäre, meine Kinder mehrmals die Woche zu irgendwelchen Trainingsstätten zu kutschieren. Auch in Klaištow würden sie es empfindlich merken, wenn ich kein Auto hätte, denn die Sonntagsausflüge zu Winkelmann und Buschmann würden ausfallen.

Ich könnte nicht mehr in den nahe gelegenen Wald fahren und Pilze sammeln, und Wochenendausflüge zu den touristisch interessanten Orten der Umgebung fänden nicht mehr statt. Die Souvenirshops hätten keinen Umsatz mehr, und die Kinder könnten nicht mehr von den wundervollen Pommesschwärmen, die sie auf dem Weihnachtsmarkt in Raben gegessen haben.

Überhaupt die Kinder. Sie wären völlig benachteiligt den Kindern ihrer Klasse gegenüber, denn was sollten sie erzählen nach den Ferien. Sie wären mit ihren Eltern im Hohen Fläming wandern gewesen,

hätten Lagerfeuer gemacht und wären jeden Tag im Schwimmbad gewesen? Keine Erzählungen mehr von Wanderungen durch die Hohe Tatra oder von Quadfahrten in der Türkei. Das muss man alles bedenken. Deshalb fange ich schon mal

an, mir zu überlegen, welches Auto für mich in Frage käme, wenn mein altes Auto seinen Geist aufgibt. Am besten stelle ich mir schon mal ein neues Auto in den Garten, damit keine Lücke entsteht.

■ ©Hannelie Fischer



Trabi

Foto: Norbert Wilke

Alleenschutz im Blindflug



Eichenallee in Brandenburg an der B102

Foto: Wolfgang Ewert

Was die Bundesregierung unternimmt, um Alleen als Kultur- und Naturgut an Bundesstraßen zu erhalten und zu entwickeln sowie deren Schutz ressortübergreifend zu organisieren, wollten Abgeordnete der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer Kleinen Anfrage wissen. Die Antwort der Regierung kam Ende Mai und war ernüchternd.

„Alleen sind Teil des natürlichen und kulturellen Erbes einer Region, beleben das Landschaftsbild und erfüllen vielfältige Aufgaben im Landschaftshaushalt. Sie sind zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln“, immerhin, hier stimmen Bund und Fragesteller überein. Ansonsten lautet der Tenor der Antworten auf viele der 22 Einzelfragen: Nichts Genaues weiß man nicht. Man versteckt sich hinter den Ländern, die im Auftrage des Bundes dessen Straßen verwalten, gegen Bezahlung selbstverständlich. Wofür das Geld jedoch eingesetzt wird, interessiert die Bundesbehörden offensichtlich nicht. So wird auch der Forderung nach einer gesonderten Finanzierung des Alleenschutzes im Rahmen der Auftragsverwaltung eine Absage erteilt. Die Voraussetzung dafür wäre die bundes- und länderweite Einrich-

tung eines Alleenkatasters, was allerdings nicht auf der Agenda der Regierung steht. Demzufolge ist die Übersicht über den Alleenbestand auf Bundesebene auch sehr lückenhaft.

Eine der zentralen Fragen beim Alleenschutz ist der Einsatz von baumschädigenden Auftaumitteln im Zuge des Winterdienstes. „Der Einsatz von abstumpfenden Streustoffen wird auf Straßen außerorts allgemein nicht für sinnvoll gehalten“, heißt es in der Antwort auf die Forderung nach Ersatz von Auftausalz durch Abstumpfungsmittel an Bundesfernstraßen. Begründet wird dies mit Sicherheitsbedenken und paradoxer Weise mit einer angeblich höheren Umweltbelastung durch mehr Streuvorgänge. Hinsichtlich der eingesetzten Streusalzmengen zeigt sich, dass die Bundesregierung hier, im Gegensatz zum Alleenbestand, voll im Bilde ist. Immerhin zeigt die Statistik eine merkliche Abnahme der eingesetzten Salzmengen. Abstumpfende Stoffe setzte lediglich Sachsen im Winter 2011/2012 im geringen Maße an Bundesstraßen ein.

Cornelia Behm, Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine der Initiatoren

der Kleinen Anfrage, bedauerte, dass die Bundesregierung der Forderung nach einer systematischen Erfassung von Alleen eine klare Absage erteilt. „Ein einheitliches Alleenkataster könnte einen wichtigen Beitrag zum Erhalt dieses natürlichen und kulturellen Erbes leisten. Im Blindflug ist Alleenschutz jedoch kaum möglich“, sagte Behm. Dass es auch anders geht zeige Nordrhein-Westfalen, das ein Alleenkataster aufbaut und wo seit 2008 mit Unterstützung der Bürger rund 5.000 Alleen mit einer Gesamtlänge von 3.160 Kilometer erfasst wurden. Mit Blick auf die Forderung nach zweckgebundenen Mitteln für den Erhalt und Schutz von Alleen – eine der zentralen Forderungen der Alleenschützer – kritisiert Cornelia Behm, dass diese auch künftig nicht zur Verfügung gestellt werden sollen. „Es reicht nicht, Alleen per Gesetz zu schützen, wenn kein Rahmen für die Umsetzung dieses Schutzes geschaffen wird“, so die Abgeordnete, die die Bundesregierung auffordert, sich hier nicht länger zu verweigern und ihren Anteil zu übernehmen.

■ Wolfgang Ewert

Das Schweinedorf Haßleben

Massentierhaltung in der Uckermark – ein grobes Vergehen gegen Tier und Umwelt

Der niederländische Investor van Gennip hat nach jahrelangem Tauziehen nun doch sein Ziel erreicht. Das Landesumweltamt Brandenburg in Potsdam hat die Genehmigung für die gigantische Schweinemastanlage in Haßleben am 20. Juni unterschrieben. Die Realisierung dieses Projekt bedeutet ein grobes Vergehen gegen Tier und Umwelt. Im aktuellen Antrag ist die Rede von fast 37.000 „Plätzen“, auch wenn das Wort Platz bei einer Massentierhaltung etwas höhnisch klingen mag. Geplant sind 4.500 Masttiere, die restlichen sollen hauptsächlich Zuchtschweine, also Ferkel sein. Somit würden in Haßleben jährlich rund 100.000 Tiere durch die Anlagen geschleust.

Die Geschichte dieser Anlage reicht bis in die DDR zurück. Dreizehn Jahre lang, von 1978 bis 1991, war Haßleben das „Schweinedorf“, in dem jedes Jahr durchschnittlich 136.000 Tiere gehalten wurden. Im Frühjahr 1991 wurde der Betrieb dann aus Umweltschutzgründen geschlossen, nicht zuletzt weil Haßleben zwischen einem Biosphärenreservat und einem Naturpark liegt. In den Folgejahren 1992/93 wurde das Gebiet umfangreich auf Schäden untersucht. Insgesamt wurden dort etwa 1.000 Boden- und 200 Wasserproben von der Universität Potsdam untersucht. Dabei wurden enorme Stickstoff- und Phosphorbelastungen festgestellt. Mit anderen Worten, die Abfälle – sprich Exkrememente – der Mastanlage haben das gesamte Gebiet gnadenlos überdüngt. Analysen zeigten auch noch fast zehn Jahre später, im Jahr 2000, dass diese enormen Altlasten im Boden kaum verschwunden sind. Sie lassen sich teilweise bis in Tiefen von sechs bis acht Metern konzentriert nachweisen.

Neues Genehmigungsverfahren

Als sich von Gennip 2003 mit seinen 85.000 Schweinen erstmals ankündigte und das Genehmigungsverfahren 2004 in Gang kam, wurden die Ergebnisse dieser Untersuchungen völlig ignoriert. Bürgerinitiativen, wie die Initiative „Kontraindustrieschwein“, konnten die Genehmigung zunächst dennoch verhindern. Auch am Landesumweltamt scheiterte der Antrag



Scheinmassenhaltung

Foto: DER RABE RALF

immer wieder. Da Natur- und Tierschutzauflagen nicht erfüllt werden konnten, musste der Antrag in seiner Laufzeit bereits 2008 und dann noch einmal 2012 geändert werden und die Anzahl der zu haltenden Tiere wurde jedes Mal gesenkt. Bei der geplanten Anlage würden trotz verminderter Tierzahlen Exkrememente in einem Ausmaß anfallen, die laut Umweltschützern denen einer Großstadt entsprechen. Eine umfassend umweltgerechte Entsorgung ist, trotz neuer Technik, logistisch kaum möglich. Ein Verstoß gegen den „Gärreste Erlass“ des Landes Brandenburg von 2009 ist vorherzusehen. Die Folgen wird wieder die angrenzende und bereits vorbelastete Natur tragen müssen.

Bereits im Februar 2007 wurde die EU-Kommission durch den NABU-Brandenburg auf etwa vierzehn Flora-Fauna-Habi-

tat-Gebiete (FFH) aufmerksam gemacht, die durch Ammoniak-Emissionen und Gülleausschüttungen gefährdet sind. Weiterhin sind zwei wissenschaftliche Gutachten bekannt, die belegen, dass das Moor, welches sich direkt hinter der Anlage befindet, durch eine neue Inbetriebnahme zerstört würde. Außerdem fehlen Brandschutzkonzepte, und auch die Tierschutzauflagen der EU-Schweinehaltungsrichtlinie werden nicht erfüllt. Es ist zu befürchten, dass der Bundesrepublik ein EU-Vertragsverletzungsverfahren droht, da die zugelassene Stickstoffbelastung schon jetzt überschritten ist. Doch alle Hinweise auf diese Probleme blieben ungehört, ebenso die insgesamt 1.234 Einwendungen, die von Tier- und Naturschutzverbänden sowie von Bürgerinitiativen fristgerecht eingereicht wurden. Warum wurde das Projekt Haßleben dennoch genehmigt?

Politische Verantwortung und Protest

Die politisch Verantwortlichen weisen jede Schuld von sich. Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) und Agrarminister Jörg Vogelsänger (SPD) berufen sich stattdessen auf eine „fachliche Entscheidung“. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung soll ergeben haben, dass die Immissionen innerhalb der rechtlich zulässigen Vorgaben liegen. Bei diesen Untersuchungen wurde die Vorbelastung der Böden und Hintergrundbelastungen, die zurzeit aus der Luft niedergehen, überhaupt nicht in Betracht gezogen. Ebenso wurden Prüfungen auf Gefährdung der FFH-Gebiete unterlassen.

Die Albert Schweizer Stiftung weist darauf hin und stellt fest, dass es durchaus auch eine politische Entscheidung seitens der

Ministerien war. Es handelt sich zumindest um ein politisches Versäumnis und ein „fahrlässiges Nichteingreifen“. In einem Eil-Appell, mit dem bis zum 23. Juli 37.000 Unterschriften gegen diesen Beschluss gesammelt werden sollten, versucht die Stiftung die Umweltministerin darauf aufmerksam zu machen. Denn mit ihrer Entscheidung stehen der Minister und die Ministerin im Gegensatz zu den Wahlprogrammen ihrer Parteien für die Bundestagswahl 2013. Bei der SPD heißt es dort: „Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen“. Auch DIE LINKE will die Tierhaltung verbessern und nimmt Stellung:

„Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden, nicht die Tiere an eine Haltungsform, die nur ökonomischer Effizienz verpflichtet ist.“. Das sieht momentan in Schweinemastanlagen, wie sie in Haßleben entstehen sollen, leider anders aus. Im Schnitt steht jedem

Tier nur ein halber Quadratmeter zur Verfügung. Meist auf Betonböden müssen sie unzulängliche hygienische Bedingungen ertragen. Gerade für Schweine, die einen sehr ausgeprägten Geruchssinn haben, ist das eine Qual. Ohne Frischluft, Tageslicht



Fabrikhallen der Schweinemastanlage in Haßleben zu DDR-Zeiten
Foto: DER RABE RALF

und Bewegungsfreiheit, sowie dem üblen Gestank ausgesetzt leiden sie häufig unter stressbedingten Verhaltensstörungen. Manche haben Symptome eines Schockzustandes, andere werden apathisch und viele

aggressiv. Die meisten Schweine haben abgekaute Ohren und keine Schwänze mehr. Hinzu kommen körperliche Krankheiten, nicht selten Lungenerkrankungen durch die Gase ihrer Fäkalien oder Gelenkverletzungen, die gar nicht oder nicht ausreichend medizinisch behandelt werden. Die einzige „Hilfe“, die sie bekommen, sind üblicherweise Beruhigungsmittel im Futter. Mit dem Tierschutzgesetz ist dies wohl überein zu bringen. Im Paragraph 1 steht: „(...) Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“ Ist Profit in diesem Falle ein vernünftiger Grund?

Inzwischen hat der BUND angekündigt, eine einstweilige Verfügung zu beantragen, wenn nicht sogar eine Klage beim Europäischen Gerichtshof einzureichen. Dies könnte die Inbetriebnahme des Gebäudekomplexes wieder um einige Jahre hinauszögern. Die Grünen wollen den BUND bei seinem Vorhaben unterstützen.

Auch die vor Ort stärkste Bürgerinitiative „Kontraindustrieschwein“ hat ihr Vorhaben, Klage gegen die Genehmigung zu erheben, bestätigt. Ihr gegenüber, das soll hier nicht verschwiegen werden, steht eine „Bürgerbewegung“, die die Anlage befürwortet. Sie verspricht sich dadurch Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region. Zu bedenken ist aber: Zerstört man die Natur für eine Schweinemastanlage, versiegt auch die Geldquelle Tourismus.

■ Till Kleemann
DER RABE RALF

Weitere Informationen:
www.kontraindustrieschwein.de
albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/eil-appell
www.die-tierfreunde.de/aktivitaeten/151-deutschlands-groesster-saustall.html

Presseinformation

Haßleben ist ein Irrweg

Zu der anstehenden Erteilung der Genehmigung der Wiederinbetriebnahme der Schweinemastanlage Haßleben nimmt der Sprecher für Agrarwirtschaft und ländliche Räume der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg Dr. Michael Egidius Luthardt wie folgt Stellung:

Die bevorstehende Genehmigung der Wiederinbetriebnahme der Schweinemastanlage Haßleben mag den gesetzlichen Ansprüchen genügen – für die nachhaltige Entwicklung der Uckermark führt sie in eine Sackgasse. Eine solche Anlage schafft keine regionalen Wirtschaftskreisläufe und keine Wertschöpfung in der Region. Die Tiere, hierbei besonders die Ferkel, werden quer durch Europa zur weiteren Verwertung transportiert und das Futter muss aus anderen Regionen oder sogar Erdteilen zugekauft werden. Auch die erhofften neuen Arbeitsplätze stehen in keinem Verhältnis zur Tierzahl. Die Umweltbelastungen aber werden dem Image der Uckermark schaden, welche erst vor kurzem eine hohe Wertschätzung als Tourismusregion erfahren hat.

Gegen die Abwanderung von jungen Menschen helfen solche Megaprojekte nicht. Viel tragbarer und zukunftsweisend sind klein- und mittelständische Verarbeitungsbetriebe wie z.B. Hemme-Milch in Schmargendorf sowie kulturelle und touristische, untereinander vernetzte Angebote. Eine zukünftige Schweinemastanlage Haßleben wird kein Aushängeschild der Landwirtschaft in Brandenburg sein.

Presseinformation vom 20.06.2013
Foto: Dr. Michael Egidius Luthardt (DIE LINKE)

Die Energiewende – einmal mehr



Braunkohleabbau Vattenfall

Foto: DER RABE RALF

Das Volksbegehren in Berlin – der Energie-tisch – war erfolgreich mit genau 227.748 gültigen Stimmen, eingegangen waren 271.000 Stimmen. Nach sorgfältiger Prüfung durch die Landeswahlleiterin wurden die unvollständigen und ungültigen Adressen abgezogen. Es blieben wirklich nur die Berliner Wahlbürger.

Nun geht es in die entscheidende Runde, der eigentliche Volksentscheid steht an. Das bedeutet, dass vorliegende Gesetz-entwurf, erarbeitet in Arbeitsgruppen, im Plenum und anwaltlich geprüft, zur Ent-scheidung durch das Berliner Volk ansteht und zwar zum letztmöglichen Termin, am 3. November.

Es kann aber immer noch passieren, dass der Senat den Gesetzentwurf insgesamt übernimmt – theoretisch denkbar, aber unwahrscheinlich. Zunächst einmal gab es diese Trickserei mit dem Termin. Der verantwortliche Innensenator von der CDU, Frank Henkel, hat diese Entscheidung getroffen. Die SPD in Berlin hat mal so, mal so agiert und schweigt nun. Obwohl im Gesetz vorgeschrieben ist, Abstimmun-

gen grundsätzlich – und so zeitnah wie möglich – mit regulären Wahlterminen zu verknüpfen, wird der Termin nun weitest-möglich nach hinten verschoben. Über den Gesetzentwurf sollte nach den Vorgaben der Landesabstimmungsleiterin zwischen dem 15. September und 3. November ab-gestimmt werden, also bestenfalls am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl. Daraus wird nun nichts mehr. Noch bei der pro-Reli Entscheidung argumentierte Henkel und die Landes-CDU andersherum. Aber da war die CDU nicht in der Regie-rung sondern Opposition.

Neues Thema: Nun sind sogar wieder Nachtstromheizungen im Gespräch – ei-gentlich schon fast vergessen und sogar verboten, im Energieverbrauch dreimal so teuer wie eine Gasheizung, mit Abstand die ineffizienteste Art der Heizung. Jetzt haben auf einmal, nach Ansicht der RWE (das ist der andere große Braunkohlever-stromer), Nachtstromspeicherheizungen wieder eine Zukunft. Man könnte beste-hende Anlagen als Speicher für überschüs-

sigen Wind- und Solarstrom nutzen. Erste Erfahrungen liegen bei RWE vor und sind positiv, wie zu erwarten bei Pilotvorhaben. Schließlich geht es ja darum, vorbei an der kritischen Öffentlichkeit mit Lobbyarbeit das Parlament zu beeinflussen. Richtiger wäre der Einsatz einer modernen Speicher-technik auf regionaler und lokalen Ebene. Dann gäbe es weniger Stromtransporte über Land und Wasser und die Strom-netze wären besser ausgelastet. Wie gesagt, bisher will nur RWE Überzeugungsarbeit leisten, nicht lange, dann wird Vattenfall sich dem anschließen.

Technisch ist das unsinnig wegen der viel zu geringen Ausbeutung der Ressource, nur ein kümmerlicher Ersatz für eine technisch ausgereifte und kostengünstige Speicherung von Energie.

Man muss eine wirkliche Energiewende – weg von der einseitigen Abhängigkeit der Verbraucher von den vier großen Energieerzeugern hin zur Bildung von kommunalen Stadtwerken und kleinen autarken Energiegenossenschaften – nur wollen. Diese muss dann ausgestattet mit sozialen und ökologischen Kriterien und demokratisch kontrolliert werden.

Und wichtig wäre keine marktkonforme Demokratie sondern mehr Demokratie zu wagen, ganz im Sinn von Willy Brandt, gerade in der Wirtschaft. Einig ist sich darin eine große Mehrheit, ein schlichtes „immer weiter so“ ist nicht möglich. Ein Beleg dafür sind die großen Geldkrisen, die Konflikte zwischen dem Norden und Süden, die absehbare Rohstoffknappheit und schließlich der von Menschen ge-machte Klimawandel, an dessen Anfang wir erst stehen.

■ Hans-Otto Träger,

Sind wir Lobbyisten?

Mit großer Mehrheit hat der Brandenburger Landtag vor kurzem seine Geschäfts-ordnung geändert und ein Lobbyregister eingeführt. Nach Rheinland-Pfalz ist Brandenburg das zweite Bundesland mit einem derartigen Register. Dadurch

soll der Einfluss von Lobbyisten auf die Gesetzgebung transparenter gestaltet werden. Listen der Vereinen, die sich durch Stellungnahmen an Gesetzesentwürfen beteiligen und diese bei einer Landtags-anhörung mündlich vortragen, können

künftig im Internet eingesehen werden. Vereine müssen, wenn sie sich an den Gesetzgebungsverfahren beteiligen, im Lobbyregister eingetragen sein. Der Eintrag kann jederzeit auf einem Internetformular erfolgen. Firmen, Institute oder Rechtsan-

waltskanzleien müssen sich nicht in das Register eintragen. Ebenso wenig erfährt man, welcher Landtagsabgeordnete Aufgaben und Funktionen in Aufsichtsräten übernommen hat. Genau hier liegt nun das Problem. „Transparency International“ hält das Register für einen Etikettenschwindel: „Ein echtes Lobbyregister müsse auch die finanziellen Hintergründe von politischen Interessengruppen erfassen. Außerdem setzt das Brandenburger Instrument zu spät an: Künftig werde zwar veröffentlicht welche Verbände oder Institutionen bei der Erstellung eines Gesetzes angehört werden. Der Einfluss auf die Ministerialbürokratie durch Lobbyisten setzt aber schon

ein, bevor ein erster Entwurf entsteht,“ so Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied von „Transparency International“. Ebenso stößt das Register bei „LobbyControl“ auf Ablehnung, da Lobbyismus schon weit vor einem Gesetzentwurf ansetzt. Die Umweltverbände sind nun zu Lobbyisten degradiert worden, ohne sich einer Lobby zurechnen zu können. Umweltvereine wurden genau aus diesem Grund vom Gesetzgeber anerkannt und können aufgrund ihrer Anerkennung als anerkannter Naturschutzverein ihre Interessen vertreten. Wir halten das Lobbyregister für rechtswidrig und sollte uns künftig eine Gesetzesbeteiligung versagt bleiben, weil wir uns nicht registrieren

lassen, wird dies rechtliche Schritte zur Folge haben. Was die Mehrheit aus SPD, LINKEN und CDU wirklich mit dieser Änderung der Landtagsordnung bezweckt, bleibt abzuwarten. Sollte ein neues Gesetz über neue Tagebaue im Landtag debattiert werden, müsste sich die GRÜNE LIGA in das Register eintragen, Vattenfall oder ein Wirtschaftsinstitut bräuchte, dies nicht zu tun und natürlich auch kein Abgeordneter.

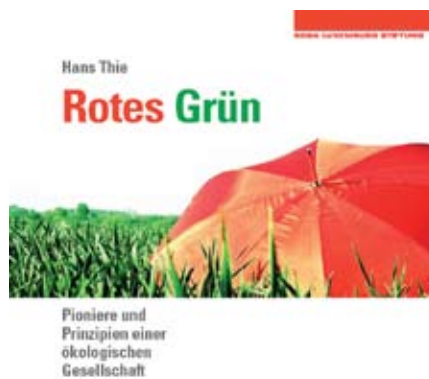
Das Register soll zur nächsten Legislaturperiode evaluiert werden und dann ab 2014 zur Anwendung kommen.

■ Norbert Wilke

Rotes Grün – Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft

„Grüner Kapitalismus‘ ist kompatibel mit den Mächtigen, sorgt für das Flair ökologischer Modernität. Aber er ist keine Antwort, wenn es um fundamentale Zukunftsfragen geht. Wer Ökologie für alle will, muss die Wirtschaftsordnung ändern. Sattes Grün verlangt kräftiges Rot.“ So leitet Dr. Hans Thie, Wirtschaftsreferent der Bundestagsfraktion der LINKEN, sein aktuelles Buch ein, das er in mehreren Veranstaltungen landesweit präsentiert und zur Diskussion stellt.

Strom nur mit Sonne und Wind, neuen Speichern und intelligenten Netzen. Kaum noch Autos in den Innenstädten. Bahnen und Busse fahren öffentlich finanziert. Mit dem Flugzeug fliegen und Fleisch essen, ist uncool geworden. Die Industrie stellt Produkte her, die jahrelang halten und leicht zu reparieren sind. Werbung und Mode sterben dahin. Alles Falsche schrumpft mit hohem Tempo. Und die Wirtschaft, die früher mit permanentem Wachstum funktionierte, bricht nicht



zusammen. Die Bürgerschaft hat ihr Leben selbst in die Hand genommen. Arbeitslos ist niemand mehr, der Sechs-Stunden-Tag die neue Norm. Unternehmen gehören den Produzenten. Wissen und Kultur

sind öffentliche Güter, der Geist ist frei. Vor Ort sorgt die Kommune für ein gutes Leben. Alles Öffentliche ist kompromisslos öffentlich geworden. Für wichtige Themen gibt es den Volksentscheid.

Ist eine solche Wandlung hin zur Vernunft, zur Mäßigung, zum in jeder Hinsicht gleichen Recht möglich? Ja. Wer sucht, der findet die stille Revolutionen an vielen Orten. Kooperation, Gleichheit und Planung sind im Begriff, neue Leitprinzipien zu werden. Stellen wir uns vor, die Bevölkerung hätte nicht nur Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, sondern die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft, und der Mehrheitswille wäre Gesetz.

Die Demokratie gilt. Der Souverän ist souverän. Da ist der Sprung, der nötig und möglich ist.

■ Rosa-Luxemburg-Stiftung und vsa.-verlag

Buchrezension „Biohacking – Gentechnik aus der Garage“

Gentechnik aus der Garage? Freaks in Hinterzimmern, die an Genen rumbasteln? Und das soll es auch in Deutschland geben? Diese Fragen gingen mir durch den

Kopf, als ich durch einen Radiobeitrag auf das neue Buch „Biohacking“ aufmerksam gemacht wurde. Von Berufs wegen mit dem Thema Biotechnologie, vor allem der

Agro-Gentechnik, vertraut, wollte ich mir diese Lektüre nicht entgehen lassen.

Das Autorenteam besteht aus drei Wissenschaftsjournalisten, die sich als studierte

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Biologen dem Thema zuwenden, wie viel Gentechnologie-Forschung nicht in den Hochsicherheitslabors der Konzerne und Hochschulen, sondern in Privaträumen und öffentlichen Gemeinschaftslabors stattfindet. Das Buch ist ein ausführliches Portrait der Szene der so genannten „Bio-Hacker“. Sie ist vor allem in den USA rasant gewachsen, aber auch auf dem alten Kontinent findet dieses Hobby immer mehr Freundinnen und Freunde. Dabei geht es weniger darum, gefährliche Experimente zu machen, sondern viel mehr um kleine und kleinste Isolationen von DNA oder Neukombinationen verschiedener Gene.

Im Stile ihres Do-It-Yourself-Buches betrieben die drei Journalisten Hanno Charisius, Sascha Karberg und Richard Friebe nicht nur aufwändige Recherchen in mehreren Ländern, sondern versuchten sich auch selbst an diversen Experimenten. Mal mehr, mal weniger erfolgreich. Dabei war ihre Prämisse, dass es legal und ungefährlich bleiben muss. Für ein Buch in einem so kritischen Bereich wie der Biotechnologie ist das auch sehr wichtig, um die Herstellung von Biowaffen nicht auch noch zu erleichtern. Trotzdem sind die Sicherheitsbehörden hellhörig. Sie beobachten die Bio-Hacker-Szene ausgiebig, das FBI

führt für die Gen-Bastler sogar Veranstaltungen durch. Die Geheimdienste suchen direkten (und sicherlich auch indirekten) Kontakt zu den Hobby-Forschern.

Spannend an dem Buch ist der Spagat zwischen wissenschaftlicher Recherche, politisch-gesellschaftlicher Bewertung des Biohackings und eigener, teilweise spielerisch beschriebener DNA-Bastelarbeit. Beim Leser erzeugt letzteres das Bild dreier Jungs, die gespannt vor ihrem Chemiebaukasten sitzen und akribisch an neuen Experimenten arbeiten. Beim Schnapsglas-Genomprojekt versuchen sie, die eigene DNA in hochprozentigem Alkohol aus ihrer Spucke zu extrahieren. Sie probieren, Hundehaufen per Gentest dem tierischen Verursacher zuzuordnen. Und sie schauen vielen Hobby-Bastlern, Halb-Profis und Profis, die außerhalb ihres eigentlichen Forschungsauftrages einfach mal an ihrem eigenen Lieblingsthema forschen wollen, über die Schulter. Diese sind anfangs meist skeptisch, aber anschließend meist ausgiebig bereit, den drei Journalisten über ihre Pionierarbeit im Biohacking-Bereich zu berichten.

Glaubt man Charisius, Karberg und Friebe, dann werden sich immer mehr Menschen

immer intensiver mit den spannenden Themen der Gen- und Biotechnologie beschäftigen. Die Journalisten vergleichen die DIY-Bewegung mit den Anfängen der IT-Bastelei in den 80er Jahren und behaupten, dies sei eine Demokratisierung der Wissenschaft, welche sonst nur in High-Tech-Labors mit der nötigen finanziellen Ausstattung möglich sei. Der Bundestagsabgeordnete und Biowaffenspezialist der Linkspartei, Jan van Aken, hat zwar keine Angst vor Bioterror-Küchen, aber unwohl ist ihm beim Gedanken an Scharen von Heimwerker-Gentechnikern schon. In 0,1 Prozent der Fälle könnte doch etwas Gefährliches im Abfluss landen. Andererseits ist es im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Biotechnologie und der Agro-Gentechnik gar nicht schlecht, wenn sich viele Menschen damit beschäftigen. So lange es legal bleibt und riskante Experimente unterbleiben, kann das zur Versachlichung der Debatte beitragen und das Gentechnikwissen raus aus den Konzern- und Universitätslabors holen.

Hanno Charisius, Sascha Karberg & Richard Friebe (2013): Biohacking – Gentechnik aus der Garage, Carl Hanser Verlag München, 19,90 EUR

■ *Christian Rehmer*

Halbjahrestreffen 2013 der GRÜNEN LIGA

Das diesjährige Motto lautet: „Energiewende nachhaltig gestalten?!“, den genauen Ablaufplan findet ihr am Ende dieses Beitrages. Weiterhin ist eine Exkursion für Sonntag, den 13. Oktober, geplant. Die Exkursion führt durch das örtliche Braunkohlerevier und wird ab drei Interessierten durchgeführt.

Gemeinsam möchten wir mit euch die Fragen: „Wie soll Energieversorgung in der Zukunft aussehen? Welche Szenarien stellen wir uns vor? Wo sehen wir unsere Arbeitsschwerpunkte als GRÜNE LIGA?“ nachgehen und diese erörtern. Bitte beschäftigt euch vor dem Halbjahrestreffen noch einmal mit den Grundsätzen in ihrer jetzigen Form, damit wir dann im Oktober konstruktive Gespräche führen können.

Das Halbjahrestreffen findet am 12./13. Oktober in Cottbus, im Gemeindehaus „Haltestelle“ statt; dieses befindet sich in der Straße der Jugend 94 in 03046 Cottbus, direkt an der Straßenbahnstation

„Marienstraße“.

Da für Verpflegung etc. im Vorhinein Kalkulationen notwendig sind, ist eine Anmeldung erforderlich. Diese kann bis zum 30.09.13 ganz bequem per E-Mail oder telefonisch in der Bundesgeschäftsstelle unter 030/204 47 45 vorgenommen werden. Wenn eine Teilnahme an der Exkursion durch das Braunkohlerevier am Sonntag gewünscht ist, muss dies bitte explizit angegeben werden, damit genug Fahrzeuge bereitgestellt werden können.

Wer in der Stadt übernachten möchte, tue dies bitte auf eigene Buchung; wir empfehlen euch jedoch das „St. Johannes Haus“ in unmittelbarer Nachbarschaft sowie die diversen Hotels der Innenstadt, beispielsweise das City-Hotel“.

Ablauf des Halbjahrestreffens:
Begrüßung/Einleitung – Dr. Torsten Ehrke
Energieszenarien. Impulsreferat – René

Schuster

Windkraftanlagen (Arbeitstitel) – Heinz-Herwig Mascher und N.N., GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Offshore-Windkraft und Artenschutz in Einklang bringen! – Dr. Torsten Ehrke
Energiepflanzen/Biomasseanbau (Arbeitstitel) – Michael Matke, GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Speicheranlagen/Stromtrassen – Grit Tetzl, GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Fortschreibung „Energiegrundsätze“ der GRÜNEN LIGA. Handlungsbedarf und weiterer Arbeitsprozess – Diskussion
Schlusswort

13.10.2013: 10:00 - 13:00 Uhr: Exkursion durch das Lausitzer Braunkohlerevier
Aktive Tagebaue, ein Braunkohlekraftwerk sowie verschwundene und von der Abbagerung bedrohte Dörfer können auf der Fahrt besichtigt werden.

Einladung zur Landesmitgliederversammlung

Am Samstag, dem 30. November 2013, findet im Reimar-Gilsenbach-Saal (3. Stock) des Hauses der Natur in Potsdam, Lindenstraße 34, unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Hierzu möchten wir Euch herzlich einladen. Beginn ist um 14.00 Uhr (!). Unsere Mitgliedsgruppen haben die Möglichkeit, bis zur Mitgliederversammlung einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2012 (bzw. als Abriss den Bericht für 2013) schriftlich einzureichen, der dann als Anlage zum Rechenschaftsbericht aufgenommen werden kann. Die Berichte können auf der Mitgliederversammlung verlesen oder von den anwesenden Gruppenmitgliedern persönlich vorgetragen werden.

■ Norbert Wilke

14.00 Uhr
15.00 Uhr
15.30 Uhr

15.35 Uhr

16.00 Uhr

16.30 Uhr
17.30 Uhr
18.00 Uhr

„Belastungsgrenzen unseres Planeten und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung“, Prof. Wolfgang Lucht PIK angefragt)
Kaffeepause
Formeller Einstieg
Festlegung der Moderation und der Protokollführung
Feststellung der Beschlussfähigkeit
Abstimmung der Tagesordnung
Rechenschaftsbericht 2012/2013
Bericht der Geschäftsführung über die Vereinstätigkeit
Berichte aus den Mitgliedsgruppen
Gesellschaftertreffen Landesbüro
Bestätigung der Gremienvertreter
Finanzbericht und Haushaltsplan
Finanzbericht 2012
Bericht der Revisionskommission
Bestätigung des Haushaltes 2014
Diskussion
Sonstiges
Ende der Veranstaltung

VISIONEN HABEN

NETZWERKE KNÜPFEN

HANDELN ANREGEN

1990 gründeten Umweltbewegte ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein: Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fordern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen. Innerhalb dieses Netzwerks wahren diese Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin-Landesverbänden zusammengeschlossen.

Man kann Probleme nicht wegreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

Impressum

Herausgeber und Verleger:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Haus der Natur
Lindenstraße 34,
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel, Michael Ganschow, Andrzej Christen, Nadine Holstein, Katrin Fahrrenz (Libell Logo)
Erscheinungsweise: quartalsweise
Preis: 1,00 Euro bei Mitglieder im Beitrag enthalten
Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindungen:

VR Lausitz-Bank
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutz: 100055000
Spendenkonto: 200055000
BLZ: 18062678

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.